
References

Gee, James Paul (1999): *An Introduction to Discourse Analysis* (2nd ed.). London: Routledge.

Mills, Sara (1997): *Discourse*. London: Routledge.

Peter Lang (2011): *Gotto Maurizio. Linguistic Insights: Studies in Language and Communication*. 29.09.2011 <<http://www.peterlang.com/index.cfm?event=cmp.ccc.seitenstruktur.detailseiten&seitentyp=series&pk=402>>.

Antoinette Fage-Butler
Department of Business Communication
School of Business and Social Sciences
Aarhus University, Denmark
Fage-Butler@asb.dk

Hans-R. Fluck/Michaela Blaha, Hrsg. (2010): *Amtsdeutsch a. D.? Europäische Wege zu einer modernen Verwaltungssprache*. Tübingen: Stauffenburg. (Arbeiten zur Angewandten Linguistik 4). ISBN 978-3-86057-228-3, 166 Seiten.

Der Besprechungsband behandelt die Sprachpraxis. Er vereinigt Beiträge der Tagung „Amtsdeutsch a. D.? – Europäische Wege zu einer modernen Amtssprache“, die 2008 an der Universität Bochum im Rahmen von IDEMA (Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache) stattfand. Die Angewandte Sprachwissenschaft stellt grundlegende linguistische Theorien und Methoden in anwendungsbezogene Zusammenhänge und erarbeitet praktikable Lösungen für sprachbezogene Probleme. Darauf zielt auch das vorliegende Werk, das sich in die Forschung über Fachsprachenkommunikation und institutionellen Sprachgebrauch einfügt.

Die konzeptuellen Ursprünge der Angewandten Sprachwissenschaft liegen wissenschaftsgeschichtlich schon im 19. Jahrhundert und nicht – wie vielfach angenommen wird – im Jahr der Erstausgabe der Zeitschrift *Language Learning* von 1948 (Back 1970: 34–41). Anwendungsfelder dieser herausfordernden Disziplin sind zum Beispiel Spracherwerb, Fremdsprachenvermittlung, Terminologie und Fachsprache, aber auch Kommunikation mit neuen Medien und in Institutionen. Vor allem in Schule, Politik, Gesundheitswesen, Technik und Wirtschaft sind anwendungsbezogene Untersuchungen zum sprachlich-kommunikativen Handeln zahlreich (Knapp et al. 2011, Niemeier/Diekmannshenke 2008). Dagegen mangelt es an Arbeiten zur Verwaltungskommunikation, die über system- und registerlinguistische Fragestellungen hinaus den Blick weiten auf die Interaktion zwischen Verwaltung und Bürger.

Hans-Rüdiger Fluck, vormalig Professor für Germanistik an der Universität Bochum, und die Germanistin Michaela Blaha haben dazu das vorliegende Werk herausgegeben. Es steht im „Bemühen von Angewandter Sprachwissenschaft, Politik, Verwaltung und Recht um eine zeitgemäße, adressatenorientierte und verständliche Sprache“ (S. 7), die der Gesetzgeber für Verwaltungsschreiben zunehmend fordert (Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung vom 12.3.2010. BGBl. I S. 267). Erklärtes Ziel ist, Möglichkeiten und Perspektiven für einen Wandel der Gebrauchstextsorte *Verwaltungstexte* interdisziplinär und länderübergreifend zu erörtern und ein europäisches Netzwerk zu schaffen, das die Optimierung von Bürger-Verwaltungs-Kommunikation Institutionen und Öffentlichkeit plausibel macht (S. 11).

Dazu ist das Buch nach der Einführung (S. 11–19) über Kritik an dem Kanzleistil in Europa und dessen Folgen sowie über verschiedene Optimierungsansätze in drei weitere Kapi-

tel gegliedert. Das zweite Kapitel (S. 21–41) enthält fünf Grußworte. Sie plädieren aus verschiedenen Perspektiven im Kern für das Bürgerrecht auf Verständlichkeit und unterstreichen die „lebenspraktisch(e) Relevanz“ (S. 29), Verwaltungstexte, Bescheide und Merkblätter mit „Sprachwissenschaftlern und anderen Fachrichtungen neben den Juristen“ (S. 38) sprachlich zu überarbeiten.

Das dritte Kapitel (S. 43–146) ist der Hauptteil des Tagungsbandes mit insgesamt zwölf Beiträgen, die Situationsbeschreibungen aus neun europäischen Ländern und Regionen (Deutschland, Südtirol, Österreich, Schweiz, Italien, Niederlande, England, Schweden, Polen) bieten. Helmut Ebert, Linguist, setzt in seinem Beitrag über die Rechts- und Verwaltungssprache die Begriffe Verständlichkeit und Vertrauen zentral. Ein Text ist nicht einfach verständlich, sondern stets in Relation zu seinen Adressaten. Ein Recht, das nicht verstanden wird, begünstigt kein Vertrauensverhältnis. Ebert reiht Sprachstil-Beispiele aneinander (u. a. Stil der Bevormundung, Obrigkeitsstil, S. 49–51), die zu Misstrauen und Unverständlichkeit aufseiten der Bürger führen, jedoch ohne detaillierte empirische Belege. Offen bleibt damit, wo genau die Kommunikationsprobleme und die Ursachen für Vertrauensverluste bei den Adressaten liegen.

Michaela Blahas Titel „Amtsdeutsch a. D.?“ ist Programm. Sie beschreibt, wie IDEMA entstanden ist, was schon erreicht wurde (Datenbanken mit Mustertexten, elektronisches Wörterbuch) und wo der Weg zu verständlichen Verwaltungstexten münden soll: in ein europäisches Netzwerk, „in dem das Voneinander-Lernen über Verwaltungssprache im Mittelpunkt steht“ (S. 64). Das „Gemeinschaftsprodukt“ entsteht „erst im Dialog zwischen Sprachexperten und Fachverantwortlichen“ mit Bürgerbefragungen (S. 62). Nurşen Şahin, Juristin, entkräftet anhand von Beispielen aus der Praxis den Vorbehalt, dass eine Vermittlungssprache zwischen Behörde und Öffentlichkeit die Rechtssicherheit gefährdet. Vielmehr bedeutet Textüberarbeitung immer auch, den rechtlichen Gehalt zu prüfen und Fehler im Original aufzuspüren (S. 71). Hier hätte ein Ausblick auf die Europäische Union bereits zeigen können, dass die Textproduktion unter Mehrsprachigkeitsbedingungen vielfach fehleranfällig ist (Redder/Ehlich 2008, Kazzazi et al. 2001).

Diese Weitung unternimmt Ole Schröder, Mitglied des Deutschen Bundestages, der sich für Verwaltungsschreiben in klarer und Verständlicher Form der Gesetzessprache zuwendet. Er will die Sprachprüfung im Gesetzgebungsverfahren institutionalisieren, „um dauerhaft für eine verständlichere Sprache in Gesetzen und Verordnungen zu sorgen“ (S. 74). Darüber hinaus sei die Institutionalisierung einer Sprachberatung auch auf europäischer Ebene wichtig, da das Europarecht durch Verordnungen und Richtlinien auf die nationalen Gesetze einwirkt. Seien jene schlecht formuliert, habe dies negative Rückwirkungen auf diese (S. 76). Aus rechtslinguistischer Sicht ist dieser Schritt nötig, denn die Rückkopplung verknüpft die Mehrsprachigkeit mit dem einzelsprachenabhängigen Wissenstransfer. Erst wenn alle 23 Sprachfassungen in den 27 Mitgliedstaaten die gleiche Rechtswirkung entfalten, kann es europäische Verständlichkeit geben (Heller/Ehlich 2007, Luttermann 2011), d. h. zum Beispiel eine einheitliche Kommunikationsbasis für die Kapitalmärkte und für Haftungsfragen im EU-Binnenmarkt. Tragfähige sprachvergleichende Untersuchungen, wie weit die Realität hier ist, fehlen noch.

Viele der unter Deutschland subsumierten Aspekte wiederholen sich im Wesentlichen in den anderen acht Länder-Beiträgen (S. 79–146). Die Autoren (Annette Lenz Liebl, Johannes Rund, Alfred Zangger, Michele Cortelazzo, Ulrich Huser, Sarah Carr, Eva Olovsson, Marek Dudek und Piotr Iwan) eint die Zielsetzung, die Kommunikation in Verwaltungen so zu optimieren, dass sie möglichst einfach, verständlich und freundlich ist. Dafür wird in Schulungen, Leitfäden, Handbücher, Newsletter, Websites, aber auch in Infrastruktur und Gesetzessprache

investiert. Fortgeschritten sind die methodischen Zugriffe in Italien und Schweden, die eine vergleichsweise lange Erfahrung im Umgang mit Verwaltungssprache haben und ein Netzwerk für Europa protegieren. Schweden setzt im Gesetzgebungsverfahren auf Sprachexperten, die mit EU-Sprachfragen vertraut sind, um Rechtssprache zu modernisieren und einen zeitgemäßen Sprachgebrauch zu entwickeln (S. 76, 138). Der Ansatz ist zukunftsweisend für sach- und adressatenangemessene Texte in Recht und Verwaltung (Luttermann 2010: 150).

Den Wandel der Verwaltungen zu Dienstleistungsunternehmen charakterisiert Hans-Rüdiger Fluck im letzten Kapitel „als eine Reaktion auf das Demokratiegebot in unseren Gesellschaften und die Forderung nach Transparenz und Begründungen“ (S. 150). Darin sind Sprache und Kommunikation notwendig einzubinden. Im Ländervergleich – einschließlich Belgien und Frankreich – wird die Komplexität der Optimierungsaufgabe offensichtlich. Die Maßnahmen für verständliche amtliche Schreiben dürfen nicht regional und in Einzelinitiativen (z. B. COSLA Frankreich, HELP Österreich) verharren, wollen sie nachhaltig wirken. Vielmehr sind sie für eine „durchgreifende demokratische Sprachkultur“ (S. 161) im Kontext von Gesetzessprache und Mehrsprachigkeit zu reflektieren. Konkrete Kommunikationsstrukturen „in Verbindung mit Theorie und Praxis“ zu beschreiben und „verschiedene Möglichkeiten zu ihrer Optimierung“ (S. 13) auszuloten, braucht eine am kommunikativen Handeln ausgerichtete textlinguistische Herangehensweise mit breiter empirischer Grundlage. Mit diesem Bewusstsein bietet das vorliegende Werk hilfreiche Orientierung – auch in Richtung mündlicher Verwaltungskommunikation, die in die linguistische Analyse noch zu integrieren bleibt. •

Literatur

- Back, Otto (1970): „Was bedeutet und was bezeichnet der Ausdruck ‚angewandte Sprachwissenschaft?‘“ *Die Sprache. Zeitschrift für Sprachwissenschaft* 16: 21–53.
- Heller, Dorothee/Ehlich, Konrad, Hrsg. (2007): *Studien zur Rechtskommunikation*. Bern: Peter Lang.
- Kazzazi et al., Hrsg. (2011): *Eichstätter Sprachgeschichten. Ein Kolloquium zu Ehren von Elke Ronneberger-Sibold*. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Knapp, Karlfried et al., Hrsg. (2011): *Angewandte Linguistik. Ein Lehrbuch*. 3. Auflage. Tübingen: Narr.
- Luttermann, Karin (2010): „Verständliche Semantik in schriftlichen Kommunikationsformen.“ *Fachsprache. International Journal of Specialized Communication* 3–4: 145–162.
- Luttermann, Karin (2011): „Cultures in Dialogue. Institutional and Individual Challenges for EU Institutions and EU Citizens from the Perspective of Legal Linguistics.“ *Hermes. Journal of Language and Communication Studies* 46: 25–37.
- Niemeier, Susanne/Diekmannshenke, Hajo, Hrsg. (2008): *Profession & Kommunikation*. (Forum Angewandte Linguistik 49). Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Redder, Angelika/Ehlich, Konrad, Hrsg. (2008): *Mehrsprachigkeit für Europa – sprachen- und bildungspolitische Perspektiven*. (Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 74). Duisburg.

Karin Luttermann
Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät
Universität Eichstätt-Ingolstadt
karin.luttermann@ku-eichstaett.de